



### 3. Finanzierungsplan und zeitliche Verteilung

	Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit (Kassenwirksamkeit)		
	20__	20__	20__ Und folg.
	in EUR		
1	2	3	4
3.1 Gesamtkosten <sup>3)</sup>			
3.2 davon grundsätzlich zuwendungsfähige Ausgaben <sup>3)</sup>			
3.3 abzgl. Leistungen Dritter <sup>3)</sup> (ohne öffentliche Förderung)			
3.4 Zuwendungsfähige Gesamtausgaben <sup>3)</sup>			
3.5 beantragte Förderung des Landes <sup>3)</sup> (siehe Nr. 4)			
3.6 bewilligte/beantragte öffentliche Förderung <sup>3)</sup> (ohne 3.5) durch:			
3.7 Eigenanteil <sup>3)</sup>			

<sup>3)</sup> Beträge ohne Umsatzsteuer, sofern die Umsatzsteuer gemäß § 15 UStG als Vorsteuer abziehbar ist (vgl. Nr.4)

### 4. Erklärung zum Vorsteuerabzug

Die Antragstellerin/Der Antragsteller erklärt, dass sie/er zum Vorsteuerabzug

- nicht berechtigt** ist,  
 **berechtigt** ist und dies bei der Berechnung der Gesamtausgaben (Nr. 3.2) berücksichtigt hat  
**(Preise ohne Umsatzsteuer)**

### 5. beantragte Förderung

Zuwendungsbereich	Zuweisung/ EUR	Darlehen/ EUR	Schulden- diensthilfen/ EUR	Prozentsatz (Nr. 3.5 von Nr. 3.4)
1	2	3	4	5
Summe				

## 6. Begründung

6.1 Zur Notwendigkeit der Maßnahme (u.a.: Raumbedarf, Standort, Konzeption, Ziel, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, Maßnahmen desselben Aufgabenbereichs in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Nutzen)

6.2 Zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung (u.a.: Eigenmittel, Förderhöhe, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten)

## 7. Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen

Darstellung der angestrebten Auslastung bzw. des Kostendeckungsgrades, die voraussichtliche Höhe und die Tragbarkeit der Folgekosten für die Antragstellerin/für den Antragsteller, Finanzlage der Antragstellerin/des Antragstellers, Angaben zu möglichen projektbezogenen Einnahmen usw.

## 8. Anlagen (z.B. bei Zuwendungen für Baumaßnahmen)

- Bau- und/oder Raumprogramm
- Vollständige Entwurfszeichnungen sowie Auszug aus Flurkarte und Lageplan
- Erläuterungsbericht mit genauer Beschreibung der Baumaßnahme und Ausführungsart sowie der Beschaffenheit des Baugrundes
- Bericht über den Stand der bauaufsichtlichen und sonst erforderlichen Genehmigungen, die - soweit bereits vorhanden - beizufügen sind
- Kostenberechnungen, aufgegliedert in Kostengruppen nach DIN 276, Flächenberechnungen und Berechnung des Rauminhalts nach DIN 277 oder Wohn- und Nutzflächenberechnung nach DIN 283
- Angabe des vorgesehenen Vergabeverfahrens
- Bauzeitplan
- Vergleichsberechnungen für Anschaffungs- oder Herstellungskosten und in besonders begründeten Fällen eine Wirtschaftlichkeits- und Folgekostenberechnung

.....  
(Ort/ Datum)

.....  
(Rechtsverbindliche Unterschrift)

(.....)  
(Name, Funktion)

## 9. Persönliche Erklärungen / Verpflichtungen

### Ich verpflichte mich / Wir verpflichten uns,

- 9.1 bei der Vergabe von Aufträgen die in Anlage 1 aufgeführten Bestimmungen einzuhalten.  
als Gemeinde/ Kreis bei der Vergabe von Aufträgen die in Anlage 2 aufgeführten Bestimmungen einzuhalten.  
Die Wertgrenzen gelten für Beträge der Auftragsvergabe ohne Mehrwertsteuer. Falls die Einholung oder Vorlage der oben geforderten Angebote nicht möglich ist, ist eine ausführliche Begründung erforderlich.  
Die Angebote stelle ich / stellen wir auf dem „Angebotsvergleichsblatt“ zusammenfassend dar. Die Nachweise lege ich / legen wir vor Bewilligung vor.  
Als öffentlicher Auftraggeber gemäß § 99 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen oberhalb des EU-Schwellenwertes schreibe(n) ich / wir Aufträge europaweit aus.
- 9.2 die Vergabeunterlagen vor Erlass des Zuwendungsbescheides vorzulegen.
- 9.3 Originalbelege 10 Jahre nach Vorlage des Schlussverwendungsnachweises aufzubewahren und für Prüfzwecke verfügbar zu machen.
- 9.4 Ihnen oder den von Ihnen ernannten Bewertern, Prüfern oder anderen Stellen, die Aufgaben an Ihrer Stelle wahrnehmen, alle erforderlichen Informationen zu übermitteln, die eine Begleitung und eine Bewertung des Programms, insbesondere hinsichtlich der Verwirklichung spezifizierter Ziele und Prioritäten, ermöglichen.
- 9.5 als Unternehmen geförderte Gegenstände, deren Anschaffungs- oder Herstellungswert 410 EUR (ohne Umsatzsteuer) übersteigt, zu inventarisieren.

### Ich erkläre / Wir erklären, dass

- 9.6 ich / wir alle Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe/n, sie durch geeignete Unterlagen belegen kann / können und dass die in diesem Antrag (einschließlich Anlagen) gemachten Angaben vollständig und richtig sind,
- 9.7 der beantragte oder bewilligte Zuschuss nicht abgetreten wird,
- 9.8 mit dem beantragten Vorhaben noch nicht begonnen wurde (als Maßnahmenbeginn ist grundsätzlich eine Auftragserteilung, also der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten). Auch werde ich / werden wir nicht vor Erhalt des Zuwendungsbescheides oder vor Erhalt einer von mir / uns schriftlich beantragten Ausnahmegenehmigung vom Verbot des vorzeitigen Maßnahmenbeginns mit der Maßnahme beginnen,
- 9.9 ich / wir davon Kenntnis genommen habe/n, dass Abweichungen von allen Angaben dieses Antrags, von denen die Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig ist, zu Rückforderungen führen können,
- 9.10 ich / wir alle Angaben in diesem Antrag, von denen die Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig ist, gewissenhaft und vollständig gemacht habe(n). Ich / wir habe(n) davon Kenntnis genommen, dass diese Angaben zusätzlich zu Ziffer 4.24 subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über die Vergabe von Subventionen nach Landesrecht (Landessubventionengesetz) vom 24. März 1977 (SGV. NRW. 73) sowie § 2 Abs. 1 Subventionengesetz vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2034) sind und versichere/n, dass mir / uns die Subventionserheblichkeit von Angaben und Tatsachen sowie die Strafbarkeit eines Subventionsbetrugs bekannt sind,
- 9.11 das Vorhaben (beantragte Maßnahme) in Nordrhein-Westfalen realisiert wird,
- 9.12 mir/ uns in den letzten drei Steuer- bzw. Kalenderjahren keine weiteren als die in meiner „De minimis“- Erklärung angegebenen „De minimis“-Beihilfen bewilligt worden sind,
- 9.13 ich / wir der Bewilligungsbehörde weitere Unterlagen, die zur Beurteilung der Anspruchsberechtigung, der Antragsvoraussetzungen sowie zur Feststellung der Höhe der Zuwendung erforderlich sind, auf Anforderung vorlegen werde/n,
- 9.14 über mein / unser Vermögen kein Vergleichs-, Insolvenz-, Sequestrations- oder Gesamtvollstreckungsverfahren unmittelbar bevorsteht, beantragt oder eröffnet worden ist bzw. ich / wir keine eidesstattliche Erklärung nach § 807 ZPO (Vorlage eines Vermögensverzeichnisses) abgegeben habe/n und die Gesamtfinanzierung des beantragten Vorhabens gesichert ist,  
Ich verpflichte mich / wir verpflichten uns auch, während es Bewilligungszeitraumes ein unmittelbar bevorstehendes Vergleichs-, Insolvenz-, Sequestrations- oder Gesamtvollstreckungsverfahren oder die Beantragung über die Eröffnung eines solchen Verfahrens gegen mich / uns unverzüglich der Bewilligungsbehörde mitzuteilen,
- 9.15 gegen mich / gegen uns in den letzten fünf Jahren weder eine Geldbuße von wenigstens 2.500 Euro nach § 404 Abs. 2 Nr. 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch rechtskräftig verhängt wurde noch dass ich / wir rechtskräftig nach den §§ 10, 10a oder 11 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes zu einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen verurteilt wurde/n,

- 9.16 die beantragte Förderung nicht mit anderen staatlichen Beihilfen, einschließlich Beihilfen nach der Verordnung (EU) Nr. 1407 / 2013 („De minimis“-Beihilfen) kumuliert werden,
- 9.17 die beantragte Maßnahme nicht aus anderen als den angegebenen öffentlichen Programmen kofinanziert wird,
- 9.18 mein / unser Unternehmen sich nicht im Sinne des Artikels 2 Ziffer 14 der VO (EU) Nr. 702 / 2014 in Schwierigkeiten befindet,
- 9.19 ich / wir nicht unterlassen habe/n, einer evtl. Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt nachzukommen,
- 9.20 ich / wir neben dem Verwaltungsverfahrensgesetz des Landes NRW (VwVfG) die VV zu § 44 LHO auf der Internetseite des Landesbetriebes Wald und Holz NRW einsehen habe/n.
- 9.21 bei der Fördermaßnahme nur Unternehmerleistungen gegen Rechnung zur Berechnung der Förderung von mir angegeben werden. Sofern Eigen- oder Sachleistungen bei der Maßnahme erbracht werden, werden diese entsprechend dem Verbot der Förderung von Eigenleistungen, nicht zum Gegenstand der Förderung gemacht.

**Ich erkläre mich / Wir erklären uns damit einverstanden, dass**

- 9.22 die Angaben im und zum Antrag an die für die Maßnahmen des Förderprogramms zuständigen Organe des Landes übermittelt werden können. Die Erhebung vorstehender Angaben beruht auf § 26 Abs. 2 Satz 1 und 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes des Landes NRW (SGV.NRW 2010). Die Kenntnis dieser Angaben dient der Überprüfung der Zuwendungsvoraussetzungen. Eine Berücksichtigung ist nur möglich, wenn die Angaben in diesem Antrag enthalten sind,
- 9.23 die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen sowie die Angaben im und zum Antrag auch an Ort und Stelle durch die zuständigen Behörden und Prüforgane des Landes NRW kontrolliert werden können, dass ich / wir oder meine / unsere Vertretung dem beauftragten Kontrollpersonal die geförderten Flächen bezeichnen und sie auf diese begleiten, ihnen das Betretungsrecht, das Recht auf die Entnahme von Proben, ein angemessenes Verweilrecht auf den Grundstücken und in den Betriebs- und Geschäftsräumen sowie Einsichtnahme in die für die Beurteilung der Beihilfenvoraussetzungen notwendigen Unterlagen einräumen werde/n und die notwendigen Auskünfte erteilen muss / müssen,
- 9.24 meine / unsere Angaben zum Zwecke einer zügigen Bearbeitung des Antrages sowie zu statistischen Zwecken gespeichert werden und zum Zweck des Schutzes der finanziellen Interessen des Landes NRW von Rechnungsprüfungs- und Untersuchungseinrichtungen des Landes NRW an die zuständigen Organe des Landes, übermittelt und von diesen verarbeitet werden,
- 9.25 dass die Behörde notwendige Daten zur Evaluierung der Fördermaßnahmen an Dritte weitergeben darf.

**10. Erforderliche Anlagen** (bitte ankreuzen, wenn dem Antrag bereits beigelegt)

- Antragsunterlagen und Bescheide über anderweitige öffentliche Förderung (sofern gegeben)
- Nachweis zur Höhe der Gesamtausgaben / Investitionskosten, durch:
  - alle Schreiben der Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes („Lastenheft“),
  - Protokoll der Angebotseröffnung bei öffentlicher / europaweiter Ausschreibung,
  - Vergabevermerk (entbehrlich falls Protokoll der Angebotseröffnung beigelegt),
  - alle eingegangenen Angebote,
  - Angebotsvergleichsblatt,
  - Neutralitätserklärung,
  - Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit (ab 15.000 EUR Auftragswert),
  - Eigenerklärung zu Ausschlussgründen (bei Bauleistungen),
  - Eigenerklärung zu § 19 Mindestlohngesetz (bei öffentlichen Auftraggebern).
- Auszug aus dem Handels- bzw. Genossenschaftsregister oder Gewerbeschein (bei gewerblichen Antragstellern)
- Satzung bzw. Gesellschaftsvertrag (bei Genossenschaften, Gesellschaften, Vereinen etc.)
- Vollmacht oder Nachweis der gesetzlichen Vertretung
- schlüssige Gesamtkonzeption
- 'de-minimis'-Erklärung

---

Ort, Datum

---

Rechtsverbindliche Unterschrift(en)